

schönen Versprechungen abgefüttert, man hat sie glauben machen wollen, daß dieser Staat schließlich doch einmal Wert darauf legen werde, die weiten jüdischen Massen für sich zu gewinnen, die ihre Steuern höchst gewissenhaft gezahlt, ihre Pflichten als Staatsbürger loyal erfüllt hatten. Trotz der erhitzten Atmosphäre des polnischen Vernichtungswillens hatten doch die Juden immer lebhaften Anteil an den Geschicken des Staates genommen. Auch der letzte Staatspräsident Wojciechowski war mit den jüdischen Stimmen gewählt worden und es ist nur allzu gut bekannt, wie gerade er gegenüber den Juden die ihm von den Rechtskreisen diktierte jüdenfeindliche Politik geführt hat. Das in allen seinen Interessen gefährdete Judentum erschien der damaligen polnischen Regierung so genügsam, daß sie keine Anstrengungen machen zu müssen glaubte, um es durch politische und wirtschaftliche Gleichstellung zu gewinnen.

Pilsudski und, nach seiner Resignation, der gegenwärtige Staatspräsident, sind mit den Stimmen der Juden gewählt worden, die bei der Wahl den Ausschlag gaben. Bei dem Eintreten für diese beiden neuen Männer haben sich die Juden ausschließlich und allein von dem Gedanken leiten lassen, den Staat, dem sie angehören, vor neuen Wirren zu bewahren, haben in schwerster Stunde das fernere Geschick des Staates mitbestimmt und damit den Beweis erbracht, daß sie ein volles Recht auf wirkliche Gleichberechtigung haben. In der politischen Persönlichkeit Pilsudskis und in der Person des neuen Staatspräsidenten, der politisch zwar ein unbeschriebenes Blatt ist, aber als aufrichtiger Demokrat und Kosmopolit gilt, erblicken die Juden die große moralische Kraft und die realpolitische Bürgschaft einer günstigeren Entwicklung.

Der neue Staatspräsident und die neue Regierung finden eine große Arbeit vor. Die wirtschaftliche Not hat ihren Höhepunkt erreicht. Es heißt, die Staatsfinanzen zu sanieren und das Wirtschaftsleben vor einem völligen Zusammenbruch zu bewahren. Die Not der Juden ist brennend und jeder Fehlschlag in der Lösung des wirtschaftlichen Judenproblems wäre bedenklich. Die schon seit mehr als einem Jahre bestehende Sanierungskrise, die Handel und Verkehr völlig zum Absterben bringt, hat gerade den Juden einen schweren Schlag versetzt. Die Monopolisierung des Spiritus und die Entziehung der Branntweinkonzessionen hat mindestens 30 000 Familien um ihre Existenz gebracht. Die Einführung einer unverhältnismäßig hohen Umsatzsteuer von 2½ Prozent im Handel hat das Handelsgeschäft, die stärkste Domäne der Juden, fast völlig lahmgelegt. Bedenkt man noch, daß die Juden als Träger von Handel und Industrie von der Steuer-schraube am rücksichtslosesten erfaßt werden, während der Grundbesitz, an dem die Juden so gut wie gar keinen Anteil haben, unverhältnismäßig gering besteuert ist, so kann man den Grad des unerträglichen Wirtschaftsdruckes, der auf den Juden lastet, ermessen. Die gegenwärtige Regierung in Polen findet, was das Urteil des maßgebenden Auslandskapitals anbelangt, ein günstiges Terrain für die in der Finanz- und Wirtschaftspolitik einzuschlagenden Wege vor. Gerade die Erklärung Pilsudskis, die Rechte der nationalen Minderheiten in jeder Hinsicht zu wahren, hat bei der englischen City und auch in Amerika, dem großen Reservoir jüdischen Kapitals, sehr günstig gewirkt. An der Sanierung der Wirtschaft, an der Herstellung geordneter ökonomischer Verhältnisse, an dem Ausbau der Handelsbeziehungen und in der Erlangung einer Auslandsanleihe sind gerade die jüdischen Kreise, die zum großen Teil im Handel, Industrie und Handwerk vertreten sind, in hohem Maße interessiert.

Es liegt klar auf der Hand: es muß den Juden fern liegen, von den neuen Männern in Polen eine radikale Lösung des wirtschaftlichen Judenproblems zu erwarten. Aber die Anerkennung der Tatsache, daß Polen kein Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat ist und diese Erkenntnis entsprechende Umgestaltung der Minderheitenpolitik, vor allem in der Behandlung des jüdischen Elements, bildet für die Machtstellung des neuen Kurses eine unerläßliche Voraussetzung. Die politische und wirtschaftliche Sanierung Polens muß Hand in Hand mit der moralischen Gesundung gehen. Das Blut der Opfer der letzten politischen Vorgänge — in Warschau wurden am Tage des Umsturzes über 30 jüdische Leichen bestattet — wird nur dann nicht umsonst vergossen sein, wenn auf allen Gebieten des polnischen Staatslebens neue Einsicht einkehrt: Pazifizierung im Innern, Gerechtigkeit gegenüber allen Staatsbürgern müssen die Fundamente sein, auf denen sich die wirtschaftliche Gesundung des Landes aufbauen soll. Die neue Regierung hat bereits ein deutliches Zeichen des gegenüber den Juden neu einzuschlagenden Kurses damit gegeben, daß der Ministerpräsident auf eine Vorstellung der jüdischen Abgeordneten 12 jüdische Gerichtsbeamte, die seit Jahr und Tag übergangen worden waren, sofort befördert hat — ein günstiges Omen.

Hoffentlich werden die neuen Bemühungen der jüdischen Parteien, mit der gegenwärtigen polnischen Regierung zu einem Einvernehmen zu gelangen, zu dem Erfolge führen, daß ein Neben-

Miteinanderleben auf einer erträglichen und für beide Teile ersprießlichen Basis ermöglicht und damit das labile Gleichgewicht des Staates in ein stabiles verwandelt werde. Vielleicht verschwindet doch das auf der Vorherrschaft einzelner Parteien und auf der Fiktion bloß geduldeter Minderheitsvölker aufgebaute System und macht Platz einer demokratischen, den nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnissen sämtlicher Völker im Staate Rechnung tragenden Staatsordnung. Hoffen wir, daß eine bessere Zeit für die jüdischen Staatsbürger Polens anbricht.

Berliner Umschau

Gedenkfeier Berliner Gelehrter für Professor James Israel. Berlin. Die Berliner Urologische Gesellschaft veranstaltete am Sonntag im Virchow-Krankenhaus für den am 20. Februar d. J. verstorbenen großen Chirurgen und Arzt, Prof. Dr. James Israel, eine eindrucksvolle Gedenkfeier, an der neben den Hinterbliebenen viele hundert Gelehrte, Aerzte und Verehrer des großen Mannes teilnahmen. Der Vorsitzende der Gesellschaft, Prof. Ringleb, eröffnete die Reihe der Ansprachen. Dann entrollte Prof. Posner in feiner geschliffener Rede ein Bild des Arztes und des Gelehrten Israel, von dessen Assistentenzeit bei Langenbeck im jüdischen Krankenhause bis zum Nachfolger seines Lehrers und zum Bahnbrecher und Führer auf dem Gebiete der Chirurgie und Urologie, bis zum Träger internationalen Ruhms. Prof. Kraus, der Vorsitzende der Berliner Medizinischen Gesellschaft, erinnerte an Israels Leistungen in dieser Gesellschaft und schilderte hinreißend und in blendendem Lichte ein Bild des Menschen Israel. Umrahmt wurde die Feier von edlen Kunstdarbietungen.

Der zweite Verbandstag des Preußischen Landesverbandes. Berlin. Wie uns mitgeteilt wird, hat der Engere Rat des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden in seiner letzten Sitzung beschlossen, dem Großen Rat vorzuschlagen, den Verbandstag für 1926 zum 17. Oktober einzuberufen.

Verminderung der Austritte aus dem Judentum. Berlin. Das neueste Heft der „Statistischen Mitteilungen aus den deutsch-evangelischen Landeskirchen“ gibt die Zahl der Uebertritte aus dem Judentum zur evangelischen Kirche innerhalb des Deutschen Reiches im Jahre 1924 mit 243 (1923: 423) an. In das Judentum traten von bisherigen Angehörigen der evangelischen Kirche 85 Personen (1923 ebenfalls 85 Personen). Das bedeutet einen Rückgang von ungefähr 42 Proz. der Uebertritte von Juden zur evangelischen Kirche innerhalb eines Jahres. Angeführt ist nur der direkte Konfessionswechsel. Daher sind nicht die Personen erfaßt, die nach ihrem Austritt aus dem Judentum vor ihrem Eintritt in die evangelische Kirche vorübergehend „konfessionslos“ waren.

Gedächtnisfeier für Bruno Goldstein. Berlin. Am 16. Juni jährt sich der Tag, an dem der Führer und Meister des Berliner jüdischen Box-Klubs „Maccabi“, Bruno Goldstein, verstorben ist. Die Juni-Nummer des Nachrichtenblattes des Maccabi ist ganz dem Gedächtnis Bruno Goldsteins gewidmet. Am Sonntag, dem 27. Juni, findet auf dem Friedhof Weißensee eine Gedächtnisfeier für Bruno Goldstein statt.

Die Jüdische Kinderhilfe, Berlin, Auguststr. 17, macht darauf aufmerksam, daß sie seit drei Jahren eine heilpädagogische Poliklinik für schwer erziehbare und psychopathische Kinder hat. Die Untersuchungen werden von dem Psychiater und Heilpädagogen Herrn Professor Dr. med. Schneerson unter Assistenz einer sozialen Fürsorgerin vorgenommen. Behandelt werden nicht nur ausgesprochen psychisch und nervös kranke, sondern auch schwer erziehbare Kinder, bei denen infolge des ungünstigen Milieus Erziehungsschwierigkeiten entstanden sind. Für Untersuchungen wird vorherige Anmeldung und Rücksprache erbeten.

Dr. Weizmann kommt nach Berlin. — Empfang in der „Philharmonie“. Berlin. Der Präsident der zionistischen Organisation, Dr. Chaim Weizmann, wird, von Genf kommend, wo er die zionistische Organisation vor der Ständigen Mandatskommission des Völkerbundes vertritt, um die Mitte dieses Monats einige Tage in Berlin weilen. In seiner Begleitung werden sich die Herren Dr. Eder, Mitglied der Zionistischen Exekutive, und Dr. Berthold Feiwel, der Leiter des Keren Hajessod, befinden.

Aus Anlaß der Anwesenheit Dr. Weizmanns in Berlin wird am 13. Juni, abend, im großen Saal der „Philharmonie“ ein von der Zionistischen Vereinigung für Deutschland und dem deutschen Keren Kajemeth veranstalteter öffentlicher Empfang stattfinden.

Prof. Isak Markon in Berlin. In Berlin weilt zur Zeit der bekannte Gelehrte und berühmte Orientalist Prof. Isak Markon aus Leningrad, der auf

dem Gebiete der Wissenschaft des Judentums, besonders der mittelalterlichen jüdischen Geschichte, hervorragend bekannt ist. Herr Prof. Markon wurde, als Professor des Instituts der vergleichenden wissenschaftlichen Erforschung der Sprache und Literatur des Okzidents an der Leningrader Universität, kommandiert zum längeren Aufenthalt in Deutschland behufs wissenschaftlicher Studien auf dem Gebiete des mittelalterlichen Hebräisch und Geschichte des Karäertums wie auch der Byzanz (in seiner Eigenschaft als Mitglied der russischen byzantinischen Kommission der russischen Akademie der Wissenschaften). Das Berliner Rabbiner-Seminar benutzte die Gelegenheit der Anwesenheit des hervorragenden russischen jüdischen Gelehrten, um in diesem Semester eine Reihe wissenschaftlicher Vorlesungen auf dem Gebiete der jüdischen Geschichte und Literaturgeschichte einzunordnen, die auch außerhalb des Kreises des Seminars großen Anklang fanden. Dieser Tage hielt Herr Prof. Markon im Rahmen der genannten Anstalt seine dritte Vorlesung, namentlich über Wesen und Entwicklung des Karäertums, wofür er auch, nach dem Tode Harkawys und Dr. S. Posnanskys zur Zeit als einzige Autorität gilt.

Durch seine langjährige öffentliche und gesellschaftliche Tätigkeit in der russischen Residenz, wo er verschiedene Aemter beim Ministerium für Volksbildung und des Aeußern bekleidete, verfügt Herr Prof. Markon auch über eine Fülle interessanter Erinnerungen und Erlebnisse aus den „allerhöchsten“ Kreisen der russischen Gesellschaft zur Zeit des Zaren, besonders in ihren Beziehungen zu den Juden. Eine kleine Auslese dieser hochinteressanten Memoiren aus allerersten Quellen brachte Herr Prof. Markon im Kreise des Hebräischen Sprachklubs in Berlin, wo er diese in klassischem Hebräisch, gewürzt mit einer Fülle gediegener Aprecus, unter großem Beifall eines lauschenden Auditoriums vortrug. Der inmitten seiner besten wissenschaftlichen Tätigkeit stehende Gelehrte, der seit einer Reihe von Jahren in reger Verbindung auch mit bedeutenden maßgebenden Kreisen deutsch-jüdischen Wissenschaftlern steht, beabsichtigt hier einige seiner Arbeiten zu veröffentlichen und dürfte sicherlich auch am wissenschaftlichen Leben der deutschen Judenheit Anteil nehmen.

Aus aller Welt

John D. Rockefeller's Spende für den Joint-Drive. Newyork. Wie schon mitgeteilt, hat John D. Rockefeller jun. dem Komitee für die vereinigte Kampagne des Joint Distribution Committee eine Spende von 100 000 Dollar zukommen lassen. Das Begleitschreiben Rockefeller's lautet:

„Mit Interesse verfolge ich den Fortschritt der Joint-Kampagne für Hilfe an die Juden in Polen und Rußland. Nach den Informationen, die ich erhalten habe, werden die Gelder des Joint-Fonds nach einem sorgfältig und gut durchdachten Programm verwendet. In solchen Dingen darf es keine Rassen- und Glaubensgrenzen geben. Ich hoffe deshalb, daß Sie mir, obwohl ich hierzu nicht eingeladen worden bin, erlauben werden, einen Scheck über 100 000 Dollar für die Zwecke des Joint-Fonds beizulegen, was ich hiermit nebst besten Wünschen für den Erfolg der Kampagne tue.“

Große Verwirrung im Falle Lessing. — Zehn Studenten relegiert. — Die Studentenschaft Hannovers zieht nach Braunschweig. Berlin. Nachdem der Senat der Technischen Hochschule zu Hannover ein Disziplinarverfahren gegen einige hundert Hörer der Hochschule eröffnet und die sofortige Relegierung gegen zehn der Hauptschuldigen ausgesprochen hat, macht sich unter der Studentenschaft eine Bewegung geltend, in Massen die Technische Hochschule zu Hannover zu verlassen. Montag morgen hat die Studentenschaft der Technischen Hochschule zu Hannover in einer Versammlung beschlossen und verkündet, daß die gesamte Studentenschaft Hannovers in die Technische Hochschule nach Braunschweig übersiedeln werde. Tatsächlich verlassen jetzt die Studenten in Scharen die Hochschule und begeben sich zum Bahnhof. Es handelt sich um ungefähr 2000 Studenten, die sich dieser Lösung des Konflikts angeschlossen haben. Es ist noch fraglich, ob sich das preußische Kultusministerium diese von den Studenten versuchte einseitige Lösung wird gefallen lassen. Die Blätter verzeichnen, daß in die Angelegenheit Lessing deshalb eine so große Verwirrung platzgreifen konnte, weil die kompetenten Behörden es verabsäumt haben, schon zu Beginn gegen die Schuldigen vorzugehen.

Professor Theodor Lessing hat heute im chemischen Institut, das als Seitenflügel jederzeit vollständig abgeriegelt werden kann, seine Vorlesungen aufgenommen. Vor dem Hochschulgebäude hat ein starkes Polizeiaufgebot Aufstellung genommen.

Die re
Falles I
tion im
frage ein

Ist da
Lessing
zu ent
die hat
Schädlin

Auch
Landtag
Kultus
Technis
ziehung
stellen
weiteste
durch
von ein
plinarve
ruhig v
Hannov
Unruhe
schulen

In des
daß die
Preuß
Staatsa
schon d
schule
verband
den Han
und die
Die Fre
Demokr
Hochsch
sie das
schaft a
schärfst
findende
Mitbrau

Schar
terror i
dor Les
komm
Ministe
zumal
habe, d
seiner
bei den
des Pre
der die
schsch
stoßen
Schutz
schule

Vom
Der Ver
ver hier
Hochsch
Vortrag
in Han
wird ut
leitet u
geführt
strafrec
bei der
holung
autorit
schwer
Hochsch
sämtlich
zur Fo

Gene
lin. D
a. D.
für die
und Erl
dem kü
der jü
belden
heißung
ben sind
der jü
dem S
bleiben
Mensch
In dem
mit der
jüdisch
dem L
waren.
in Haif
helfen,
„umzus
beit, ni
sonder
kellebt
Wachs
Mütter,
hatten
ukraini
Eltern
den Mi